

# Diskriminierende Maßnahmen untergraben die palästinensische Vertretung in der Knesset

Studie von Amnesty International – Zusammenfassung der Ergebnisse, 04.09.19

**Palästinenser, die in das israelische Parlament, die Knesset, gewählt wurden, werden von diskriminierenden Vorschriften und Gesetzen getroffen, die ihre Möglichkeiten zur Vertretung und Verteidigung der Rechte der palästinensischen Minderheitsbevölkerung in Israel untergraben, sagte Amnesty International in einem heute veröffentlichten neuen Briefing vor den bevorstehenden israelischen Wahlen am 17. September.**

„Palästinensische Mitglieder der Knesset in Israel sehen sich zunehmend diskriminierenden Angriffen ausgesetzt. Obwohl die palästinensischen Parlamentsmitglieder demokratisch gewählt wurden wie ihre jüdisch-israelischen Kollegen, sind sie das Ziel einer tief verwurzelten Diskriminierung und unangemessener Einschränkungen, die ihre Möglichkeiten, sich zur Verteidigung der Rechte des palästinensischen Volkes zu äußern, beeinträchtigen“, sagte Saleh Higazi, stellvertretender Direktor für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International.

„Da Israel systematisch Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten begeht, ist es wichtig, dass palästinensische Stimmen im Parlament gehört, berücksichtigt und respektiert werden.“

Die zunehmenden Einschränkungen für palästinensische MKs sind Teil eines Schemas der offensichtlichen Diskriminierung durch die israelischen Behörden gegenüber palästinensischen Bürgern Israels.

Palästinenser machen 20% der israelischen Bevölkerung aus, und obwohl ihr Recht auf politische Partizipation und Repräsentation durch das israelische und internationale Recht anerkannt wird, sind sie in der Praxis einer weit verbreiteten Diskriminierung ausgesetzt, auch in den Bereichen Staatsbürgerschaft, Wohnen, Bildung und Gesundheitswesen.

Das 2018 in Kraft getretene „Nationalstaatengesetz“ (definiert als grundlegendes Gesetz: Israel - Der Nationalstaat des jüdischen Volkes) definiert Israel als den Nationalstaat des jüdischen Volkes, der Ungleichheit und Diskriminierung von Nichtjuden verfassungsmäßig verankert. Das Gesetz gewährt das Recht auf Selbstbestimmung ausschließlich den Juden, legt fest, dass die Einwanderung, die zur automatischen Staatsbürgerschaft führt, den Juden vorbehalten ist, fördert den Bau von Siedlungsprojekten ausschließlich für Juden, und degradiert den Status des Arabischen als Amtssprache.

In den vergangenen Jahren haben die israelischen Behörden ihre spaltende Rhetorik gegen Minderheiten und marginalisierte Gemeinschaften verstärkt und damit den Spielraum für diejenigen, die sich für die palästinensischen Rechte einsetzen, verringert. Sie haben palästinensische und israelische Menschenrechtsverteidiger und zivilgesellschaftliche Organisationen sowie internationale Gruppen wie Amnesty International bedroht und verleumdet.

## Offensichtliche Diskriminierung in der Knesset

Amnesty International hat eine Reihe von Gesetzesänderungen, Verordnungen und Praktiken in der Knesset identifiziert, die die Diskriminierung palästinensischer Parlamentsmitglieder (MKs) erleichtern. So besagt beispielsweise eine Gesetzesmodifizierung aus dem Jahr 2016, die es Mitgliedern der Knesset erlaubt, gewählte MKs mit Mehrheitsvotum auszuschließen, dass MKs, die friedliche politische Ansichten oder Meinungen äußern, die von einer Mehrheit der MKs als unannehmbar erachtet werden, mit einem Ausschluss aus dem Parlament rechnen müssen. Ein palästinensischer MK beschrieb diesen Änderungsantrag als „Schwert, das uns von Mitgliedern der Knesset, die uns politisch ablehnen, über den Kopf gehängt wurde“ und wies darauf hin, dass es beabsichtigt war, palästinensische MKs zum Schweigen zu bringen.

Das Briefing verdeutlicht auch die unverhohlenen diskriminierenden Einstellungen und spaltenden Rhetoriken israelischer Politiker gegenüber ihren palästinensischen Kollegen. Premierminister Benjamin Netanyahu hat offen gesagt, dass „Israel nicht ein Staat aller seiner Bürger ist... es ist nur der Nationalstaat des jüdischen Volkes“, er hat behauptet, dass palästinensische politische Parteien versuchen, den Staat Israel zu beseitigen.

Hochrangige israelische Regierungsbeamte und israelische MKs verwenden regelmäßig eine aggressive und stigmatisierende Sprache, wenn sie ihre palästinensischen Amtskollegen beschreiben, in einem offensichtlichen Versuch, sie und ihre Arbeit zu delegitimieren. Palästinensische MKs, die es gewagt haben, die israelische Politik zu kritisieren, wurden als „Verräter“ bezeichnet und mit der Forderung konfrontiert, sie „zu verbieten“ oder wegen „Verrats“ vor Gericht zu stellen.

Die ursprünglich zur Durchsetzung ethischer Praktiken bestimmten Regelungen der Knesset wurden missbraucht, um das Recht der palästinensischen MKs auf freie Meinungsäußerung unangemessen einzuschränken. Zwei palästinensische MKs wurden daran gehindert, ins Ausland zu reisen, mit Geldern von NGOs, die auf einer „Schwarzen Liste“ der israelischen Regierung standen, wegen einer Änderung der Ethikregeln der Knesset im Jahr 2018, die Reisen verbieten, wenn die Fahrt von einer Einrichtung finanziert wird, die „einen Boykott des Staates Israel fordert“.

Obwohl Amnesty International keine spezifischen Boykotte fordert oder befürwortet, betrachtet sie das Recht, einen Boykott zu verlangen oder daran teilzunehmen, als eine Form der freien Meinungsäußerung, die von den Behörden respektiert und geschützt werden muss.

Das Briefing von Amnesty International zeigt auch, dass seit 2011 mindestens vier Gesetze zu den Rechten der Palästinenser, einschließlich ihres Anspruchs auf Teilnahme am öffentlichen Leben, disqualifiziert wurden, bevor sie überhaupt zur Diskussion im Parlament kamen.

„Die israelische Knesset muss dringend alle Gesetze aufheben oder ändern, die die Diskriminierung palästinensischer MKs und anderer palästinensischer Bürger Israels möglich machen, erleichtern, angefangen vom „Nationalstaatengesetz“, sagte Saleh Higazi.

„Die israelischen Behörden müssen die diskriminierenden Beschränkungen für palästinensische MKs beenden und sicherstellen, dass ihr Recht auf freie Meinungsäußerung gewahrt bleibt. Sie müssen

auch aufhören, aufhetzende Rhetorik zu verwenden, die gewählte Vertreter, die sich für Menschenrechte und Gleichberechtigung einsetzen, ausgrenzt und generell Feindseligkeiten gegenüber Palästinensern weckt".

Übersetzt: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/09/israel-discriminatory-measures-undermine-palestinian-representation-in-knesset/>

Link zum Download der Studie:

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/0882/2019/en/>